

## **Repräsentative oder Direkte Demokratie: Unterschiede in der Wahrnehmung von Identität und Klassenbewusstsein**

Die Bevölkerung lässt sich in verschiedene Gruppen untergliedern, welche durch die Ausprägung verschiedener Merkmale kategorisiert werden. Der Begriff „Klasse“ versucht dabei, Menschen in ähnlicher sozioökonomischer Lage, aufgrund ähnlicher Persönlichkeitsmerkmale, Lebenschancen und Risiken in gemeinsame Einheiten zu ordnen. Klasse ist kein statischer, linearer und zeitunabhängiger Begriff. Vielmehr steht dieser Term im engen Zusammenhang mit der zu betrachtenden Gesellschaft. Eine Gesellschaft oder Bevölkerung ist durch ihre Demografie, die Institutionen, das politische System, Religion, Kultur, etc. geprägt. Da in einer modernen Gesellschaft keine mechanische, sondern eine organisch wachsende Solidarität vorherrscht und den Zusammenhalt gewährleistet (nach Durkheim), ist es unmöglich homogene Klassen zu definieren.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, Klasse im Kontext des vorherrschenden politischen Systems zu analysieren und zu hinterfragen. Das Individuum, seine Identität in einer Gesellschaft, die durch die Teilhabe an politischen Entscheidungen geprägt ist und ständiger Wandlung unterliegt, formt sein Klassenbewusstsein gemäß institutioneller Regeln. Karl Marx definierte den Klassenkampf innerhalb eines dualen Systems mit zwei Gruppen (Aneigner und Erzeuger des Mehrwerts), deren Interessen diametral zu einander stehen. Für ihn ist die historische Entwicklung einer Gesellschaft immer eine Geschichte von Klassenkämpfen. Unterdrücker und Unterdrückte stehen stets in einem Gegensatz zueinander, der (mal offen, mal versteckt) in einem Klassenkampf ausgetragen wird. Dieser endet entweder in einer Umgestaltung der Gesellschaft oder im Untergang der kämpfenden Klassen. Marx entwarf seine Klassentheorie zu einer Zeit, als soziale Ungleichheiten durch die Industrialisierung deutlich sichtbar wurden. In seiner Theorie ist eine Klasse im Verhältnis zu ihren Produktionsmitteln bestimmt.

In dieser Arbeit versuche ich zu erläutern, wie Marx Klassentheorie auf moderne Gesellschaften und das vorherrschende politische System anwendbar wird.

Politische Systeme prägen das gesellschaftliche Zusammenleben. Eine repräsentative Demokratie besteht, in einem sehr vereinfachenden Gedankenexperiment, aus zwei Klassen: auf der einen Seite stehen die BürgerInnen, welche nicht direkt über politische Entscheidungen verfügen; die andere Klasse wird durch die vom Volk gewählten VertreterInnen (die Regierenden oder PolitikerInnen) definiert. Diese Herrschaftsform

wird in unserer modernen Gesellschaft als zunehmend inadäquat betrachtet. Das Volk drängt nach mehr Mitbestimmung, denn die angebliche Herrschaft des Volkes und die Umsetzung ihrer Bedürfnisse werden unzureichend erfüllt. Um Menschen aktiv an Problemlösungen teilhaben zu lassen, um Mündigkeit zu stärken und das statische Verständnis von Politik umzukrempeln müssen innovative Gesellschaftsordnungen Raum finden. Das Klassenbewusstsein im konventionellen Sinn wird unweigerlich aufgeweicht. Basisdemokratie oder andere Formen direkter Demokratie dekonstruieren demnach die duale Kategorisierung der Bevölkerung.

Als Beispiel für eine neue Gesellschaftsform möchte ich in dieser Arbeit den in Rojava (Westkurdistan) etablierten Demokratischen Konföderalismus erwähnen. Der Aufbau von basisdemokratisch organisierten, selbstverwalteten Kommunen steht im Mittelpunkt der neuausgerichteten kurdischen Bewegung. Seit einigen Jahren gründen sich in diesem Sinne in allen Regionen der überwiegend von KurdInnen bevölkerten Gebiete Stadt-, Stadtteil-, Straßen- und Dorfräte. Mit dem Programm der demokratischen Autonomie wird seit Juli 2011 die Organisation von Einzelpersonen, Frauen-, Umwelt- und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, sowie von politischen Parteien, religiösen Gruppen und Berufsvertretungen in Form von Räten gestärkt. In den Räten stellen Einzelpersonen und Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen oder Institutionen 60 Prozent und gewählte MandatsträgerInnen 40 Prozent der Delegierten. Dabei wird eine 40 prozentige Frauenquote festgelegt. Die gesamte Gesellschaft, ungeachtet von Nationalität, Religionszugehörigkeit oder Geschlecht, ist aufgefordert freiwillig mitzugestalten.